

10.2018 SPD bedauert endgültiges Aus des Gasthauses Reitmeier

Der SPD-Ortsverein veranstaltete eine Informations- und Diskussionsversammlung im Gasthaus Schwendl, die sehr gut besucht und überwiegend von interessierten Bürgern angenommen wurde. Ortsvorsitzender Helmut Haigermoser konnte dazu auch den Landtagsabgeordneten Günther Knoblauch aus Mühlendorf begrüßen.

Informationen

Knoblauch informierte über den Sachstand bei den Themen Öffentlicher Nahverkehr, Grundhochwasser und über die aktuelle Wohnbausituation. Dabei dankte ihm der Tachertinger SPD Ortsverein für sein unermüdliches Engagement in der Grundhochwasser-Problematik. Schließlich war es MdL Knoblauch, der nach Anfragen und Anträgen an das Bayerische Umweltministerium endlich die Aussage erhielt, dass es sich bei über die Geländeoberkante tretendem Grundwasser um Hochwasser im Sinne des §72 WHG handelt und somit deutlich eine Handlungsnotwendigkeit bewies.

In der Sache ÖPNV wurde Knoblauch bereits in einer früheren Veranstaltung in Tacherting darauf aufmerksam gemacht, dass eine weitere deutliche Verschlechterung des Fahrplans nicht mehr hinzunehmen ist. Er berichtete von Anfragen bei der Deutsche Bahn und beim Verkehrsministerium und über seinen Kontakt mit der SOB und den Anliegerkommunen der Bahnstrecke Traunstein – Garching. Auch stellte er der Versammlung ein mögliches Konzept hierfür vor, mit teilweiser Neutrassierung, der Einführung eines Stundentaktes und mit einheitlichem Tarifsysteem. Haigermoser informierte, dass eine kostenpflichtige SPD-Werbeanzeige zur Landtagswahl im letzten Gemeindeboten nicht erscheinen durfte, nach Aussage von Bürgermeister Hellmeier, damit die politische Ausgewogenheit im Ort nicht gefährdet wird. Nachdem schon mehrfach Berichte über den SPD-Ortsverein, mit der gleichen Begründung nicht veröffentlicht wurden, ist dies, so Haigermoser, eine Missachtung unserer Mitglieder, „nur weil die anderen nichts machen, sollten wir auch offensichtlich ruhig gestellt werden.“

Gasthaus Reitmeier

Die Frage einer Bürgerin, wie es nun mit der „Reitmeier-Wirtschaft“ weitergeht, konnte äußerst kompetent beantwortet werden, da der Pachtbewerber auch an der Versammlung teilnahm. Der Interessent an der Gastwirtschaft machte deutlich, dass er in einem Schreiben an den Bürgermeister und an den Gemeinderat schon Anfang September mitteilte, dass er von dem Angebot, das Gasthaus wiederbeleben zu wollen, zurücktreten werde. Das Schreiben wurde aber, trotz seiner Bitte, in den letzten beiden Gemeinderatssitzungen öffentlich nicht vorgelesen und somit der Bevölkerung auch nicht bekanntgegeben. Er berichtete, dass ihm der Bürgermeister telefonisch mitteilte, dass der von ihm vorgelegte Businessplan und auch eine kostengünstige Variante im kleinem Stil, von „Fachleuten“ im Gemeinderat negativ bewertet wurden und darum dann mehrheitlich abgelehnt wurde. Bei der Darstellung wurde hervorgehoben, dass man bei einer einfachen Renovierungsvariante von einem Betrag deutlich unter 100 000 Euro ausgegangen sei, wenn nur das Erdgeschoss benützt würde. Mit wenig Geld hätte man

aber auch einen Biergarten eingerichtet und ein Zimmer für Jugendliche, die das JUZ nicht besuchen. Auch eine öffentliche Toilette wäre somit im Ort vorhanden. Unverständnis wurde auch gezeigt, dass im Gemeinderat öffentlich ein Businessplan verlangt wurde, der aber dann nicht besprochen wurde. Businesspläne würden in der freien Wirtschaft immer mit den Betroffenen gemeinsam abgearbeitet, was hier nicht erfolgte, ein solcher würde aber auch nur verlangt, wenn es um Investitionen geht, oder bei einer größeren Finanzplanung. Als kleiner Pächter eines Gemeindeeigentums war diese Forderung wirklich unnötig, so der Interessent.. Unverständlich war auch die Aussage des Bürgermeisters, dass selbst die Kosten für Brandschutzmaßnahmen vom Bewerber zu tragen wären. Nur auf das Erdgeschoss des Gasthauses Reitmeier bezogen, würden sich selbst diese in sehr engen Grenzen halten, an einem andere vergleichbaren gemeindlichen Gebäude würden sie fast selbstverständlich übernommen. Der Ortsvereinsvorsitzende machte deutlich, dass die SPD-Fraktion einstimmig hinter der „Billigversion“ stehen würde und es bedauere, dass diese Wiederbelebung mit einfachsten Mitteln nicht zustande kam, denn das leerstehende, aber bestens erhaltene Gebäude könnte zwischen-zeitlich sehr wohl genutzt werden, ganz abgesehen von einer späteren Bestimmung des Hauses oder des Grundstücks.

Bürgersaal

Auch bei der Frage, wie es um den „Bürgersaal“ steht, konnte Haigermoser von der Einigkeit der Fraktion berichten, „wir stehen immer noch zum Vorhaben, einen gemeinsamen Saal mit der Kirche an Stelle des Postsaales zu errichten“, sie sei die schnellste und billigste Lösung an einen Bürgersaal zu kommen, aber der Ball liege derzeit bei den Kirchenverantwortlichen, die offensichtlich bereit sind, immer neue Standortfragen mitzutragen, weil höhere Kosten dann wohl die Gemeinde zu tragen hätte.

Asyl

Mehrfach aufgeschlagen ist immer wieder die Thematik um die Asylbewerber. Von Versammlungsteilnehmern wurde angesprochen, wie unwürdig einige Personen und ihre Haushaltsgegenstände aus den bisherigen Wohnungen entsorgt wurden, dass es nicht richtig sei, bei unserem erheblichem Arbeitskräftebedarf, besonders in der Pflege, überhaupt feststellen zu wollen, ob aufgrund des Herkunftslandes jemand nicht arbeiten darf. MdL Knoblauch und der SPD-Vorstand machten deutlich, dass man Zentraleinrichtungen für Asylbewerber für falsch halte, dass für Arbeitswillige deutlich mehr Chancen bereitgestellt werden müssen und dass man an pragmatischen Lösungen arbeiten müsse um eine geordnete Zuwanderung möglich zu machen.

Arbeitskräfte

Arbeitskräfte seien besonders im Krankenhausbereich und in der Pflege notwendig. Dabei dürfe man nicht nur auf kostendeckende Krankenhäuser denken, sondern müsse höhere Kostenfaktoren dulden, wenn der Mensch wieder im Mittelpunkt stehen solle. Da sei besonders die Abschaffung von minutengenauen Abrechnungen von Pflegeleistungen erforderlich, diese müssen zukünftig mit einer Prozentzahl, etwa 40-60 %, der Arbeitszeit angesetzt werden, um menschliche Hilfestellung und auch Zuneigung möglich zu machen. Abschließend informierte Haigermoser über den Besuch des „Hauses der Begegnung“ in Kirchanschöring und von Gemeindeeinrichtungen in Fridolfing. Diese

Einrichtungen wurden möglich, weil Bürgerdialoge schon frühzeitig stattfanden, während sie in Tacherting damals noch vehement abgelehnt wurden.